



Arbeitskreis Frauengesundheit

in Medizin, Psychotherapie
und Gesellschaft e.V.

unabhängig - überparteilich

29.11.2022

Pressemitteilung

Mein Körper, meine Entscheidung.

Frauenrechte sind Menschenrechte, in Dortmund, wie überall

Am 2. November 2022 wurde in Dortmund die Gynaikon Tagesklinik eröffnet. Diese Klinik führt Schwangerschaftsabbrüche durch. Der Arbeitskreis Frauengesundheit begrüßt es sehr, dass dadurch die Versorgungslage für einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in Dortmund und in Nordrhein-Westfalen verbessert wird.

Die Klinik, ihre Mitarbeiterinnen und Frauen, die sie aufsuchen, wurden seitdem wiederholt von organisierten Gegnern der Abtreibung belästigt und durch Veröffentlichungen herabgewürdigt. Diese Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen versuchen durch öffentliche Gebete und Belästigung, die Selbstbestimmung von Frauen und ihre Menschenrechte einzuschränken. Ihnen ist dies möglich, weil es bisher keine Schutzzonen gibt, die vor Gehsteigbelästigung schützen.

Prof. Dr. med. Ingrid Mühlhauser, Vorsitzende des Arbeitskreises Frauengesundheit e.V. (AKF), weist darauf hin:

„Frauen und Mitarbeiterinnen von Kliniken sind bisher ungeschützt vor Belästigungen. Wir unterstützen Frauen darin, ihre gesundheitlichen Rechte zu erlangen. Die Bundesregierung ist säumig, den Koalitionsvertrag, wie auch die internationalen Verträge, umzusetzen. Der Arbeitskreis Frauengesundheit fordert die Bundesregierung auf, den Schwangerschaftsabbruch zu entkriminalisieren und die Bundesländer an ihre gesetzliche Pflicht, die gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen, zu erinnern.“

Im Koalitionsvertrag hatten die Regierungsfractionen zur reproduktiven Selbstbestimmung vor genau einem Jahr vereinbart:

„Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Wir stellen Versorgungssicherheit her. Schwangerschaftsabbrüche sollen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. **Sogenannten Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern setzen wir wirksame gesetzliche Maßnahmen entgegen.** Wir stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicher“ (Hervorhebung: AKF).

Die Entscheidung einer Frau, ob sie eine Schwangerschaft austragen möchte, gehört zu ihren Menschenrechten. Um diese Rechte zu verwirklichen, brauchen Frauen u.a. zugängliche und sichere Einrichtungen, respektvolle Ärzt*innen und die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

Für Mittwoch, 30.11.2022, ist eine Gegendemonstration geplant, mit der sich ein breites Bündnis, auch der Arbeitskreis Frauengesundheit e.V., für die Rechte von Frauen einsetzt und hinter die Betreiberin der Klinik stellt.

Seit der Abschaffung des § 219a im Juni dieses Jahres stagniert das Thema der reproduktiven Rechte in der Bundesregierung. Bis jetzt hat die Koalition zu diesem Thema noch nicht die vereinbarte Kommission eingesetzt. Frankreich hat bereits ein Gesetz, das Gehsteigbelästigung verbietet, in Großbritannien ist ein Gesetz auf den Weg gebracht. Die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), ein völkerrechtlich für Deutschland bindender Vertrag, erfordert, dass die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen umgesetzt werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Sylvia Groth groth@akf-info.de

Dr. med. Eva Waldschütz eva.waldschuetz@t-online.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Susanne Bartig, Dorina Kalkum, Ha Mi Le, Aleksandra Lewicki (2021): Diskriminierungsrisiken und Diskriminierungsschutz im Gesundheitswesen – Wissensstand und Forschungsbedarf für die Antidiskriminierungsforschung.

CEDAW Allianz Deutschland (2019): Recht auf Gleichstellung. Zum Stand der Umsetzung der Frauenrechtskonvention in Deutschland. Stellungnahme der CEDAW-Allianz Deutschland anlässlich des 40. Jubiläums der Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie des 25. Jubiläums der Pekingener Erklärung und Aktionsplattform.

Fontana, Sina (2021): Möglichkeiten gesetzlicher Neuregelungen im Konfliktfeld «Gehsteigbelästigungen». Rechtsgutachten im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie. Heinrich-Böll-Institut, Berlin.

World Health Organization (2022): Abortion Care Guideline.